

III Die Theorie der radikalen Demokratie als Praxis

„Democracy is the name that has been assigned to a dream as well as to certain already existing realities that are lived, by many, as a nightmare.“
(Fred Moten)

Anhand der Texte von Jacques Rancière, Étienne Balibar, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwirft dieses Kapitel eine Theorie der Demokratie, die diese vor allem als Praxis begreift und die zugleich maßgeblich von der Praxis politischer Kämpfe beeinflusst ist. Diese Theorie der radikalen Demokratie als Praxis bricht mit dem in der politischen Theorie vorherrschenden Erkenntnisinteresse, eine politische Ordnung zu entwerfen und deren Legitimation zu begründen (vgl. Celikates 2010b: 298; Flügel-Martinsen 2017). Vielmehr erörtert sie, wie die bestehenden Ordnungen durch diejenigen infrage gestellt und verändert werden können, die durch diese Ordnungen verworfen und unterdrückt werden. Sie fragt, wieso die real existierenden Demokratien von vielen als Albtraum erlebt werden und wie dagegen der Traum gedeutet werden kann, der immer noch mit Demokratie verbunden wird – ein Zwiespalt, den Fred Moten im vorangestellten Zitat anspricht (2007: 76). Anstatt den Demokratiebegriff einseitig zu verwerfen oder zu verteidigen, entwickle ich in Bezug auf diese Ambivalenz den Begriff der „demokratischen Differenz“, der Wege erschließt, alternative Formen des Demokratischen zu denken.

Der radikaldemokratischen Theorieströmung können neben Rancière, Balibar, Laclau und Mouffe etwa die Arbeiten von Claude Lefort (1990) und Jacques Derrida (2003) zugerechnet werden. Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie Demokratie nicht als ein endgültig abgeschlossenes Modell begreifen, sondern als „unendliche Aufgabe“ der Demokratisierung (Heil/Hetzel 2006: 9), wobei sie von einer grundlegenden Kontingenz und Konflikthaftigkeit jeglicher Gesellschaftsordnung ausgehen (vgl. Comtesse et al. 2019). Die Ansätze von Rancière, Balibar, Laclau und Mouffe bringen jeweils spezifische Aspekte ein, die sich in der hier entwickelten Theorie radikaler Demokratie ergänzen, die zum Teil aber auch in einem Spannungsverhältnis stehen. Die Begriffe von Rancière eignen sich insbesondere, um einzelne Situationen der Auseinandersetzung und damit verbundene Subjektivierungen aufzuzeigen, wobei der von ihm beschriebene Streit um einen „Anteil der Anteillosen“ (Rancière 2002: 42) die besondere Positionierung von migrantischen Jugendlichen reflektiert. Über den

radikaldemokratischen Ansatz von Balibar stelle ich diese Auseinandersetzungen, insbesondere im dritten Unterkapitel, in den weiteren Zusammenhang mit hegemonialen Institutionen und Diskursen. Mit Balibar kann hierbei ein Wechselverhältnis von konstituierender und konstituierter Macht untersucht werden, um herauszuarbeiten, wie demokratische Praxen auf Demokratieregime und Bürgerschaft bezogen werden. Das komplexe Begriffssystem von Laclau und Mouffe erschließt hingegen in erster Linie den sozialtheoretischen Hintergrund der Arbeit. Ihren post-fundamentalistischen Begriff des Politischen sowie ihre Weiterentwicklung der Hegemonie- und Diskurstheorie nutze ich zum einen, um Analysekatégorien für die Fallstudien zu generieren. Zum anderen konstruiere ich auf diese Weise eine epistemologische Grundlage, auf der die unterschiedlichen Ansätze radikaler Demokratietheorie verknüpft werden können. Indem ich Rancière, Balibar, Laclau und Mouffe zusammen und gegeneinander lese, entwickle ich einen eigenständigen Ansatz. Nicht nur ihre Ergänzungen, sondern auch ihre zum Teil gegensätzlichen Positionen ergeben, indem ich diese vermittele oder selektiv an die ein oder die andere anschließe, die spezifische Perspektive dieses Buches. Durch die Artikulation verschiedener Konzeptionen radikaler Demokratie arbeite ich eine Theorie heraus, die den Begriff demokratischer Praxis in den Mittelpunkt stellt. Dennoch ist es nicht die Absicht, ein abgeschlossenes Theoriegebäude zu errichten, sondern Theorie vielmehr als einen interpretativen Horizont aufzuspannen.

Insbesondere zwei politiktheoretische Strömungen – die sich überschneiden, die auseinander hervorgehen, die aber auch einander entgegengesetzt werden – prägen die radikaldemokratische Theorie: eine postmarxistische und eine poststrukturalistische. Zum einen stehen Rancière, Balibar, Laclau und Mouffe biografisch und intellektuell in einer marxistischen Tradition, nicht nur durch Mitgliedschaften in der Kommunistischen Partei, sondern auch durch ihren gemeinsamen Lehrer Louis Althusser (vgl. Wolf 2004). Indem sie Klassenreduktionismus, Ökonomismus und die Vorstellung einer historischen Notwendigkeit sowie daran anschließende autoritäre Ideologien kritisieren, entwickeln sie eine *postmarxistische* Perspektive, die auch ohne einheitliche ‚Arbeiterklasse‘, ‚ökonomische Basis‘ und ‚Fortschritt‘ die Kämpfe in bestehenden Herrschaftsverhältnissen fokussiert (Laclau/Mouffe 2006: 34f.). Zum anderen sind sie situiert in einer Strömung *poststrukturalistischer* Analysen, „die sich einem Denken der Identität entgegenstellen und alternative Denkfiguren entwerfen“ (Stäheli 2000a: 68). Poststrukturalistische Ansätze dekonstruieren und historisieren die Annahme essenzialistischer „Letztelemente“ – wie etwa die eines vernünftigen und autonomen Subjekts oder eben die des revolutionären Subjekts der Arbeiterklasse (ebd.: 9, 10f.). Bedeutung ergibt sich stattdessen aus Differenzen und Relationen: „Ein konsequentes differenztheoretisches Vorgehen bedeutet, dass sich die einzelnen Differenzen letztlich nicht wiederum von einer bestimmten Identität oder einem Ursprung ableiten lassen, sondern sich durch ihre gegenseitige Beziehung bestimmen.“ (Ebd.) Die sich aus beiden Strömungen ergebende *postfundamentalistische* Perspektive ist auch zentral für die radikale Demokratie (ebd.).¹ Da die Analyse von Differenzen dadurch zur zentralen

1 Mit dem Begriff des „Postfundamentalismus“ bezeichnet Oliver Marchart „einen Prozess unabschließbarer Infragestellung metaphysischer Figuren der Fundierung und Letztbegründung“, wobei Konzepte wie Totalität, Essenz, Subjekt oder Geschlecht, ‚Rasse‘ und Nation dekonstruiert und untergraben werden (2010a: 16). Die hier rezipierten Ansätze zeichnen sich zudem durch ihre spezifischen Theoriebezüge aus (vgl. Krasmann 2010; Celikates

Analysestrategie wird, werde ich den Politik- und Demokratiebegriff dieser Studie aus einer politischen sowie einer demokratischen Differenz entwickeln. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen etablierten Regimen der „Politik“ und einer grundsätzlichen Kontingenz und Konflikthaftigkeit des „Politischen“ (Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010a; Bröckling/Feustel 2010), führe ich hierzu eine Unterscheidung von der Demokratie und dem Demokratischen ein.

Theorie hat in den radikaldemokratischen Ansätzen allerdings keinen rein philosophischen Zweck, sondern sie ist ein im Wesentlichen politisches Denken, das auf die Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielt (vgl. Marchart 2010a: 186f.). So geht es Rancière um nichts weniger als „die Rückkehr der ‚politischen Philosophie‘ ins Feld der politischen Praxis“ (Rancière 2002: 13). Theorie lässt sich aber gar nicht einfach von der politischen Praxis abkoppeln (Rancière 2011: 13). Sie reflektiert Interventionen und kann selbst zur Intervention werden. Die Theorie radikaler Demokratie entsteht nicht durch eine bloß *idealistische* Rezeption und Diskussion der Demokratietheorie, sondern durch eine – poststrukturalistisch informierte und entsprechend re-justierte – *materialistische* Analyse (Laclau/Mouffe 1990: 112), die für ihre Konzeption demokratischer Praxis und ihre Kritik an Demokratieregimen von den bestehenden Verhältnissen und Bewegungen ausgeht (vgl. Georgi 2013: 43). Sie ist inspiriert von den Kämpfen um Demokratie und kann zugleich zu einer Inspiration für diese werden; zu einer möglichen Perspektive, um sie zu verstehen, zu reflektieren und weiter zu denken. Dies ist auch das Anliegen dieses Kapitels, dessen grundlegende Frage allerdings erst im Zusammenhang mit der darauffolgenden Analyse konkreter Kämpfe eine Antwort finden kann: *Wie spricht die radikaldemokratische Theorie zur Praxis migrantischer Kämpfe und wie sprechen diese zur radikalen Demokratie?*

Die Theorie radikaler Demokratie würde in einen Widerspruch zu sich selbst geraten, wenn sie als ein Modell begriffen würde, das in der Praxis umzusetzen sei – wenn sie den Kämpfen vorschreiben würde, wie diese Demokratie praktizieren sollen. Ansätze radikaler Demokratie werden stattdessen in der Auseinandersetzung mit herrschenden Kräfteverhältnissen und inspiriert von konkreten Bewegungen entwickelt (vgl. Heil/Hetzel 2006: 8). So entsteht etwa der Demokratiebegriff von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe durch eine Dekonstruktion orthodoxer Marxismen, durch eine kritische Auseinandersetzung mit deren Geschichte, die auch die ihre ist (vgl. Laclau 1990: 197ff.). Sie kommen dabei zu einem neuen Verständnis politischer Praxis, das die Pluralität der Neuen Sozialen Bewegungen ihrer Zeit widerspiegelt (Laclau/Mouffe 2006: 199ff.; vgl. Stäheli 2006: 256 f.; Marchart 2010a: 186f.). Jacques Rancière gelangt zu seinem spezifischen Politikbegriff, indem er in Archive geht und den Spuren der Kämpfe von Proletariern im 19. Jahrhundert nachgeht, die für seine Analysen bedeutender sind als die Geschichte ‚der‘ Arbeiterklasse oder einer Partei (2013; 2012b: 95). Über Zitation lässt er jene erneut zur Sprache kommen, die ansonsten nicht gehört werden (vgl. Wetzel/Claviez 2016: 35). Die Arbeiten von Étienne Balibar sind

2010a; Stäheli 2006). Rancière entwickelt seine Argumentation vielfach über eine Auseinandersetzung mit antiker griechischer Philosophie und ist zudem von der Analytik Foucaults geprägt. Auch Balibars Arbeiten sind nicht nur von dem mit Althusser entwickelten Marxismus, sondern etwa von Spinoza inspiriert. Ausgehend von der Hegemonietheorie Gramscis sind Mouffe und vor allem Laclau von den Arbeiten Derridas beeinflusst, wobei auch Lacan ein bedeutender Bezugspunkt ist.

hingegen angeregt durch die Bewegung der *Sans-Papiers* und antikoloniale Kämpfe (1993, 2005). Er entwickelt seine politische Theorie zudem in einer kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus innerhalb der Linken, die ihm 1981 schließlich den Ausschluss aus der Französischen Kommunistischen Partei einbrachte (ebd.: 15). Folglich geht auch der in diesem Buch entwickelte Ansatz mittelbar von jenen grundlegenden Auseinandersetzungen aus und verknüpft die radikaldemokratische Theorie darüber hinaus mit gegenwärtigen Kämpfen der Migration, wobei ich nach der empirischen Analyse der Kapitel V-VII deren Impulse für die Demokratietheorie in Kapitel VIII reflektiere.

Im Folgenden konstruiere ich einen spezifischen Ansatz radikaler Demokratietheorie, der jedoch nicht abschließend vorschreibt, wie migrantische Kämpfe begriffen werden sollen, sondern der vielmehr einen Rahmen zur Verfügung stellt, der eine fokussierte Beschreibung erlaubt und zugleich die Möglichkeit offenlässt, durch die untersuchten Kämpfe selbst überschritten und umgeschrieben zu werden. Im Einklang mit der hier angerissenen Genese radikaler Demokratietheorie bei Balibar, Rancière, Laclau und Mouffe und zugleich über deren Ansätze hinausgehend, werde ich daher nach dem Durchgang der Empirie die hier eröffnete Theorie reflektieren, konkretisieren und neu fassen. Das Kapitel VIII verfolgt das Ziel, zu einer Theorie radikaler Demokratie in (post-)migrantischen Gesellschaften zu gelangen, die sowohl in der Literatur als auch in den politischen Selbstorganisationen gründet. In Vorbereitung dieser Re-Artikulation von Demokratietheorie sowie der empirischen Analyse der Kapitel V-VII entwickle ich in diesem Kapitel sozialtheoretische sowie demokratietheoretische Begriffe und stelle sie in den Zusammenhang einer Theorie radikaler Demokratie als Praxis. Hierzu skizziere ich zu Beginn den ideengeschichtlichen Hintergrund von Demokratie und problematisiere den hegemonialen Demokratiebegriff (1). Im folgenden Abschnitt arbeite ich sozialtheoretische Konzepte heraus, durch die herrschende Ordnungen sowie damit verbundene Auseinandersetzungen begriffen werden können, wobei ich insbesondere von einem Denken politischer Differenz ausgehe (2). Daran anschließend führe ich den Begriff der *demokratischen Differenz* ein, durch den ich Regime der Demokratie und das Demokratische unterscheide, und entwickle eine Theorie der radikalen Demokratie als Praxis (3).

1. DEMOKRATIE ZWISCHEN INSTITUTION UND REVOLUTION

1.1 Demokratie als „leerer Signifikant“ und hegemoniales Regime

„Wir sind jetzt alle Demokraten...“ schreibt Wendy Brown und fragt zugleich, was dabei noch „von der Demokratie übriggeblieben“ sei (2012: 56). Ihre Bedeutung hat sich ausgeweitet, *Demokratie* bezeichnet heute viel mehr als noch in der Antike. Demokratie ist tendenziell ein „leerer Signifikant“ (Laclau 2002: 65) in vorherrschenden Diskursen geworden, ein Wort, das so weitgehend von einer bestimmten Bedeutung entleert ist, dass es in völlig verschiedenen Zusammenhängen artikuliert werden kann. Diese konzeptionelle Offenheit hat zu „einer nie dagewesenen weltweiten Popularität“ von Demokratie beigetragen, in der sich nahezu alle als Demokrat_innen bezeichnen

wollen (Brown 2012: 55; vgl. Balibar 2008: 524). Gerade auch weil sie so vage ist und in verschiedenen und zum Teil widersprüchlichen Kontexten eingesetzt werden kann, ist sie nach wie vor ein diskursmächtiges Konzept: „Offensichtlich kann die Verwendung des Wortes ‚Demokratie‘ bis heute Bedeutungsmomente mobilisieren, die es unterschiedlichen Akteuren zu unterschiedlichen Zeiten immer wieder sinnvoll erscheinen ließ, sich in ihren rhetorischen Strategien auf den Demokratiebegriff zu berufen.“ (Buchstein 2011: 47) Dabei gibt es keine Einigkeit über eine Definition von Demokratie, sodass man meinen könnte, es liege „im Wesen der Demokratie selbst, dass sie sich einer verbindlichen, konsensfähigen Definition entzieht“ (Salzborn 2012: 7). Die kontroversen Diskussionen über den Demokratiebegriff sind hierbei selbst politisch (ebd.).

Allerdings ist der Begriff der Demokratie nur in seltenen Fällen ausdrücklich umstritten. Vielmehr hat sich in den Staaten des globalen Nordens ein herrschender und meist *passiver Konsens*² durchgesetzt, durch den Demokratie mit einem *national-liberalen repräsentativen Demokratieregime* gleichgesetzt wird: einer Demokratie, die mit der Tradition des Liberalismus verbunden, parlamentarisch institutionalisiert und in nationalstaatlichen Grenzen gefasst ist. Dieses beschränkte Verständnis von Demokratie ist hegemonial geworden. Es führt außerdem dazu, dass Demokratie – trotz ihres meist universellen Geltungsanspruchs – meist als Tradition des ‚Westens‘ erscheint, sodass ihre „global roots“ verdeckt werden (Sen 2003; Isakhan/Stockwell 2011). Die Bedeutung von Demokratie hat sich ausgeweitet und sich in hegemonialen Diskursen zugleich auf ein bestimmtes institutionelles Set verengt. Um ansatzweise nachzuvollziehen, wieso Demokratie mittlerweile selbstverständlich mit dem Rechtsstaat und der Regierung gewählter Repräsentant_innen gleichgesetzt wird (Mouffe 2008: 21; Rancière 2012a: 65), werde ich kurz auf den historischen Wandel des Demokratiebegriffs zurückblicken.

Der griechische Begriff *démokratia* bezeichnet die kraftvolle Machtausübung (*kratein*) der Menge, des politischen Volkes (*demos*): die *Macht der Vielen* (vgl. Conze 1992). In der politischen Philosophie von Platon und Aristoteles war *démokratia* jedoch ein negativer Begriff und wurde als Pöbelherrschaft verachtet (vgl. Balibar 2008: 525). Noch bis ins 20. Jahrhundert „wurde von Seiten der Herrschenden mit solchen Argumenten gegen die Demokratie, die Gleichheit, das allgemeine Wahlrecht und die vermeintliche Diktatur der Mehrheit argumentiert“ (Demirović 2013: 208). Rancière spricht von einem „Hass der Demokratie“, der „genauso alt wie die Demokratie selbst“ ist (2012a: 7f.). Erst infolge der französischen und amerikanischen Revolution setzte sich allmählich eine positive Konnotation durch, sodass sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts selbst die autoritärsten Staaten als Demokratien bezeichnen (vgl. Buchstein/Jörke 2003: 472f.; Salzborn 2012: 10).

Ausgehend von dieser „*Positivierung*“ konnte der Demokratiebegriff erst durch eine „*Futurisierung*“ und „*Komplettierung*“ Wirkmächtigkeit in gegenwärtigen Regimen entfalten (Buchstein/Jörke 2003: 472f.). Diese Umdeutung beginnt in der sogenannten Sattelzeit von etwa 1750 bis 1850, in der viele Begriffe ihre gegenwärtige Bedeutung erlangt haben (Koselleck 1972). Zum einen wurde Demokratie lange Zeit

2 Dieser Konsens bleibt passiv, da nur selten Gelegenheiten genutzt werden, sich aktiv für eine andere Demokratie einzusetzen, und er ist durch staatliche Strukturen festgeschrieben (Gramsci 1991–2002: H. 6, §88).

als eine Regierungsform betrachtet, die zusammen mit den Stadtstaaten der Antike untergegangen sei. Selbst die Begründer der amerikanischen Verfassung gaben der Demokratie in einem großen Flächenstaat keine Zukunft und bevorzugten den Begriff der Republik (Jörke 2012: 145). Erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts ist Demokratie zu einem Zukunftsprojekt und zu einem durch Demokratisierung anzustrebenden Ideal geworden, auf das sich politische Kämpfe bezogen haben (Buchstein/Jörke 2003: 473). Neben dieser Futurisierung der Demokratie ist sie zum anderen erst durch eine vermeintlich notwendige Komplettierung zur vorherrschenden Regierungsform des modernen Nationalstaates geworden. Durch ein institutionelles Arrangement von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Föderalismus und Repräsentativsystem sollte Demokratie ergänzt und zugunsten individueller Freiheitsrechte beschränkt werden. Demokratie wurde „als Ordnung betrachtet, die mit einem System von ‚checks and balances‘ komplettiert werden muss, damit die negative Freiheit – der Schutz des Individuums vor Beschlüssen der demokratischen Mehrheit – gesichert bleibt“ (ebd.: 474).

Als liberale Demokratie ist sie ein Hauptbestandteil des modernen ‚westlichen‘ Verfassungsstaates geworden: ein hegemoniales politisches System, das über Grenzbeziehungen zwischen Staat und Ökonomie, dem Öffentlichen und dem Privaten, den Bürger_innen und Nicht-Bürger_innen operiert. Dabei war Demokratie immer auch ein Aufstand *gegen die Macht* und eine *Gegenmacht* und hat weiterhin dieses Potenzial (Balibar 2012: 234f.). Während sie gegenwärtig als ein „Normalisierungsdispositiv“ erscheint, „in dem Alternativen kaum ein Ort eingeräumt wird“, wurde sie zunächst als „institutionalisierte Revolution“ gedacht (Demirović 2013: 207). Demokratie wurde immer wieder eingesetzt als Kritik an etablierten hierarchischen Ordnungen: als Kritik der Oligarchie im antiken Athen, als eine Kritik der absoluten Herrschaft in den modernen Nationalstaaten – und gegenwärtig potenziell als Kritik der national-liberalen Demokratie selbst. Wie dieser vielfach verschüttete kritische Stachel der Demokratie erneut frei gelegt werden kann, sollen die folgenden Überlegungen mit Blick auf die entrechtete Position von Migrant_innen aufzeigen.

1.2 Die Grenzen der Demokratie und Demokratisierung

Durch die Nationform widersprechen die etablierten Demokratieregime demokratischen Grundsätzen, was in der externen und insbesondere der internen Ausgrenzung von Migrant_innen offensichtlich wird (Balibar 1993; 2005; vgl. Benhabib 2004; Abizadeh 2008; 2012; Celikates 2016). Durch die globalisierte Hegemonie der nationalstaatlichen Ordnung wird Migration mehrheitlich als Abweichung von der Norm und damit grundsätzlich als problematisch angesehen. Diejenigen, die *als Migrant_innen* erscheinen, werden vielfach von Gemeinschaften der repräsentativen Demokratien im globalen Norden ausgeschlossen (vgl. Mezzadra 2009). Selbst nach jahrelangem Aufenthalt werden die meisten nicht als Bürger_innen, als Teil des demokratischen Volkes anerkannt. Diese Formen ausgrenzender Inklusion sind sowohl ein Problem für Migrant_innen als auch für das demokratische Prinzip kollektiver Selbstregierung der Gleichfreien. In diesem Buch werde ich daher den zwiespältigen Charakter von De-

mokratie herausarbeiten: Migrant_innen werden durch Demokratie entrechtet und zugleich kann diese Entrechtung durch eine andere Demokratie aufgehoben werden.³ Rechte, die Migrant_innen für sich und andere reklamieren, werden ihnen im Namen der Demokratie abgesprochen und zugleich können sie diese Absprache im Namen der Demokratie als Widerspruch markieren und als Unrecht zurückweisen.

Diese Überlegungen lassen sich im Vorgriff auf die Analyse der Kapitel V-VII verdeutlichen. So benennt Paimana Heydar von *Jugendliche ohne Grenzen* in ihrem Text *Rechtlosigkeit im demokratischen Deutschland* die Ambivalenz der Demokratie:

„Dieses Leben ohne Perspektiven und ständiger Furcht vor plötzlicher Abschiebung ist meiner Ansicht nach eine Folge von rassistischen Gesetzen. Ich frage mich, ob dieses Land wirklich eine Demokratie ist. Aus diesem Grund finde ich es für alle in diesem Land lebenden Menschen als notwendig, dass diese Gesetze geändert werden. [...] So lange wir hier weiter diskriminiert und ausgegrenzt werden müssen wir für unsere Rechte kämpfen.“ (JoG o. J. b)

Heydar fragt, ob die Bundesrepublik Deutschland „wirklich eine Demokratie ist“. Sie stellt den demokratischen Gehalt des deutschen Staates aufgrund des institutionalisierten Rassismus infrage, der sich aus der Nationform dieses Demokratieregimes ergibt. Wie kann sich ein Staat als Demokratie bezeichnen und zugleich einen großen Teil der Bevölkerung, der auf dem Staatsgebiet lebt, systematisch entrechten? Wie kann es „*Rechtlosigkeit im demokratischen Deutschland*“ (ebd., Hervorhebung H. S.) geben? Der von Heydar als notwendig betrachtete Kampf für Rechte kann dennoch mit einer anderen Vorstellung von Demokratie verbunden werden: einer Demokratie, in der Menschen nicht als Migrant_innen diskriminiert und ausgegrenzt, sondern in der sie als Subjekte einer demokratischen Praxis erkannt werden, die über die Grenzen des bestehenden Demokratieregimes hinausgeht. Heydar weist einerseits die Entrechtung der nationalen Demokratie zurück und verweist andererseits mit dem Kampf für gleiche Rechte auf etwas genuin Demokratisches.

Ich schlage daher vor, dieses Spannungsverhältnis im Anschluss an die Analysen zur politischen Differenz als *demokratische Differenz* zu bezeichnen: Der Abstand zwischen konkreten *Regimen der Demokratie*, mit ihren verschiedenen Herrschaftsverhältnissen und Hierarchien, und einem *Grundsatz des Demokratischen*, der eine Aktualisierung von Freiheit und Gleichheit für alle einfordert, eröffnet den politischen Raum für eine demokratische Praxis. Es ist dieser Abstand, der in konkreten Auseinandersetzungen aufgeführt und ausgehandelt wird und der sich durch eine Spaltung der etablierten Konzeption von Demokratie reflektieren lässt.

Radikale Demokratie geht an die ‚Wurzel‘ (lateinisch *radix*) von Herrschaftsverhältnissen und bringt deren Kontingenz zum Vorschein. Sie ist nicht auf ein ‚politisches System‘ als Teilbereich der Gesellschaft beschränkt, sondern kann jeglichen Gesellschaftszusammenhang politisieren. Radikale Demokratie zielt somit nicht nur auf eine Demokratisierung von Demokratieregimen, sondern von diversen Lebensbereichen. Sie bietet einen Horizont, um eine Demokratie zu denken, die Migrant_innen durch ihre Kämpfe einschließt, ohne sie zu entrechten. Demokratie wäre dann

3 Der Begriff der Entrechtung bezieht sich hierbei nicht auf ein zuvor gewährtes Recht, sondern bezeichnet eben diesen Abstand von Prinzipien des Demokratischen und den Gesetzen etablierter Demokratieregime.

„ein Prozess, ein Kampf um Emanzipation, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit, der die Aufteilung von innen und außen ständig hinterfragen muss, [...] aber nicht ein Ideal, das wir erreichen wollen, oder das wir anderen nahe bringen können. Migration und ihre Subjekte befinden sich genau auf dieser Grenze von innen und außen. Deshalb bewegen die Kämpfe der Migration auch die Grenzen; sie transformieren Staatsbürgerschaft, Nationalstaaten, Rechte, Arbeiter_innenkämpfe, Geschlechterverhältnisse, usw.“ (Gürsel/Çetin 2013: 12)

Da Migrant_innen als Nicht-Bürger_innen an den „Grenzen der Demokratie“ (Balibar 1993) sowie hegemonialer Ordnungen positioniert und zugleich auf dem Gebiet nationalstaatlicher Demokratieregime präsent sind, haben sie eine besondere Rolle in radikaldemokratischen Auseinandersetzungen um eine „Demokratisierung der Demokratie“ (Balibar 2012: 16). Sie können das Demokratische einer „Gleichheit zwischen Beliebigen“ aktualisieren und damit „die reine Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung“ zeigen (Rancière 2002: 28). Um den damit einhergehenden Konflikt herauszuarbeiten, entwickle ich im Folgenden Begriffe der politischen und demokratischen Differenz sowie einen Ansatz von radikaler Demokratie als Praxis.

2. DIE POLITISCHE DIFFERENZ

In diesem Unterkapitel arbeite ich sozialtheoretische Begriffe heraus, die zum einen grundlegend für den Ansatz radikaler Demokratie sind und zum anderen Analysekatégorien für die empirischen Fallstudien beinhalten. Ausgangspunkt ist hierbei die von Laclau/Mouffe, Rancière, Balibar und anderen radikaldemokratischen Autor_innen geteilte Unterscheidung zwischen den etablierten Regimen der Politik und dem auf einer fundamentalen Ebene verorteten Politischen. Letzteres ist als Kontingenz und Konflikthaftigkeit die Prämisse radikaldemokratischer Ansätze (vgl. Comtesse et al. 2019). Durch den Begriff der politischen Differenz eröffne ich eine Perspektive, um migrantische Kämpfe auf eine Weise zu beschreiben, die nicht den Stereotypen der *Politik* entspricht, sondern die stattdessen das *Politische* dieser Kämpfe freilegt und so ermöglicht, sie als demokratische Praxis zu verstehen. Ausgehend von dieser politischen Differenz erarbeite ich mit den Begriffen *Hegemonie* und *Polizei* im darauffolgenden Abschnitt ein theoretisches Verständnis herrschender Ordnungen des Sozialen, in denen das Politische weitgehend latent bleibt. Mit der Unterscheidung von politischen und sozialen Praxen beschreibe ich daran anschließend Möglichkeiten der Transformation dieser Ordnungen, was bereits auf den Begriff radikaler Demokratie als Praxis verweist, der im nächsten Unterkapitel entwickelt wird.

2.1 Die Politik und das Politische

Da keine soziale Ordnung abschließend und in letzter Instanz begründet werden kann, gibt es im Grunde genommen keine unhinterfragbaren Sachzwänge. *Alles* kann politisiert werden, selbst die Politik. Diese fundamentale Bedeutung von Kontingenz und das davon ausgehende Denken radikaler Demokratie korrespondiert mit einer Unterscheidung des *Politischen*, der grundsätzlichen Offenheit und Konflikthaftigkeit des Sozialen, von den kontingenten und partikularen Ordnungen, Regimen, Institutionen